

Änderungsantrag
(zu Drs. 16/1652 neu)

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 24.09.2009

Schiffsbaustandort Emden langfristig sichern

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Drs. 16/1652 neu

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

Entschließung

Das große Engagement der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Förderung und Unterstützung durch die Niedersächsische Landesregierung haben dazu beigetragen, dass die Nordseewerke GmbH in Emden eine der erfolgreichsten Werften in Deutschland und ein eminent wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Region Ostfriesland geworden sind. Diese Erfolgsgeschichte muss fortgeschrieben werden.

Der Landtag hat deshalb die Pläne der Thyssen Krupp Marine Systems AG (TKMS), sich aus dem Schiffbau in Emden im Rahmen der Umstrukturierung der Werften- und Industriestandorte zurückzuziehen mit großer Sorge zur Kenntnis genommen. Den Handels- und Marineschiffbau in Emden aufzugeben, würde dramatische Folgen für Arbeitsplätze in Emden und der Region Ostfriesland haben und das Ende des Schiffbaus mit einer mehr als 100 Jahre alten Tradition bedeuten.

Der Landtag wird einer solchen Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Der Schiffbau in Emden muss erhalten bleiben! Der Landtag stellt fest, dass es das Ziel aller Beteiligten sein muss, den Nordseewerken GmbH die beiden Standbeine „Schiffbau“ und „Offshore“ zuzusichern. In einem System kommunizierender Röhren kann nicht eine Röhre abgestellt werden. Die eine Röhre, die Offshore-Produktion, ist für Emden wichtig und muss ausgebaut werden. Die andere Röhre, der Marineschiffbau, darf nicht im Verhältnis zu anderen Standorten der Marineaufträge benachteiligt werden. Die Sektionen 10 und 20 für den Marineunterwasserbereich sind in der weiteren Entwicklung durch zivilen Schiffbau in neue Bereiche, wie Forschungsschiffe, Feeder-Schiffe, Spezialschiffe für Windenergie, zu überführen.

1. Der Landtag erklärt seine Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Nordseewerke in Emden. Er unterstützt die Resolution der Stadt Emden zu den Plänen von TKMS, und er begrüßt das große Engagement aller Beteiligten auch über die Parteigrenzen hinweg.
2. Der Landtag begrüßt ausdrücklich die Absicht der Firma SIAG Schaaf Industrie AG in Emden, dort einen weiteren Betrieb zur Errichtung von Offshore-Windkraftkomponenten anzusiedeln. Diese Ansiedlung muss zwischen Investor, TKMS und Arbeitnehmervertretung abgestimmt werden.
3. Der Landtag fordert TKMS auf, den Überwasserschiffbau (Engineering, Fertigung und Ausrüstung) neben der Offshore-Produktion dauerhaft auf dem Werftgelände zu erhalten. Er ruft TKMS auf, auch Schiffbau in Zusammenhang mit Offshore-Tätigkeiten zu akquirieren und für die Werft nutzbar zu machen.
4. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Anstrengungen bei den Innovationsaktivitäten im Bereich Schiffbau, sowohl im Bereich des Spezialschiffbaus, z. B. Offshore oder Meerestechnik, als auch bei der Weiterentwicklung wirtschaftlicherer und umweltfreundlicherer Schiffe, zu verstärken.

5. Der Landtag begrüßt das Engagement der Landesregierungen bei den Nordseewerken GmbH in Emden durch die Unterstützung beim Einwerben neuer Schiffsbauaufträge und bittet die jetzige Landesregierung, die Ansiedlung der SIAG Schaaf Industrie AG auch weiterhin positiv zu begleiten.
6. Der Landtag geht davon aus, dass die Verhandlungen auch weiterhin von allen Beteiligten konstruktiv, sorgfältig und ohne Zeitdruck mit dem Ziel geführt werden, eine sowohl für Belegschaft, TKMS, Investor und Region akzeptable Lösung zu finden.

Begründung

Die Perspektive des Schiffbaustandorts Emden soll in der Forschung, Entwicklung und dem Bau von Schiffen im zivilen Bereich erfolgen. Neue wirtschaftliche Notwendigkeiten, gepaart mit den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Umwelt überhaupt, werden für den Schiffbau der Nordseewerke GmbH Emden die Herausforderungen sein, um auch in der Zukunft wettbewerbsfähige Schiffe anzubieten.

Die im Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Schiffsbaustandort Emden langfristig sichern“ (Drs. 16/1652 neu) als „existenziell“ charakterisierte Bedeutung des Marineschiffbaus wird der Notwendigkeit nicht gerecht, die Zukunft der Wirtschaft durch Friedenspolitik und Ökologie zu sichern. Wer wie diese Antragsteller stark auf den Marineschiffbau setzt, verlängert lediglich das langsame Sterben der Werft.

Unter diesen Prämissen wurden in der Drucksache 16/1652 neu die letzten beiden Sätze im dritten Abschnitt neu gefasst sowie der bisherige Punkt 4 ersatzlos gestrichen:

Statt „Die andere Röhre, der Marineschiffbau, ist für Emden existenziell und muss erhalten werden. Dies umfasst auch die Sektionen 10 und 20 für den Marineunterwasserbereich.“ heißt es im vorliegenden Änderungsantrag: „Die andere Röhre, der Marineschiffbau, darf nicht im Verhältnis zu anderen Standorten der Marineaufträge benachteiligt werden. Die Stationen 10 und 20 für den Marineunterwasserbereich sind in der weiteren Entwicklung durch zivilen Schiffbau in neue Bereiche wie Forschungsschiffe, Feeder-Schiffe, Spezialschiffe für Windenergie, zu überführen.“

Der ersatzlos gestrichene Punkt 4 hatte folgende Fassung:

„Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, bei der Vergabe der Marineaufträge auf ihre standortpolitische Verantwortung zu achten und die zwischen der Bundesregierung, den Bundesländern und TMKS geschlossene Vereinbarung hinsichtlich der für Emden vereinbarten Arbeitsanteile im Marineschiffbau durchzusetzen.“

Aufgrund dieser ersatzlosen Streichung wird der bisherige Punkt 5 jetzt 4, der bisherige Punkt 6 jetzt 5 und der bisherige Punkt 7 jetzt 6.

Christa Reichwaldt
Parlamentarische Geschäftsführerin